

Frankreich in Flammen

Der Aufstieg der atlantisch orientierten Rechten in Europa und die inszenierte Revolte.



19. Oktober 2026 | Constantin von Hoffmeister

Die Flammen, die sich durch die Straßen Frankreichs ausbreiten, offenbaren etwas weitaus Bedeutsameres als nur einen weiteren Ausbruch öffentlicher Wut. Hinter den vertrauten Bildern von brennenden Fahrzeugen, eingeschlagenen Fenstern und der Konfrontation zwischen Polizei und Demonstranten könnte sich ein politischer Wandel abzeichnen. Ähnliche Spannungen in ganz Europa deuten darauf hin, dass der Kontinent in eine Phase tiefgreifender Instabilität eintritt.

Doch die Folgen dieser Unruhen kommen bestimmten mächtigen Interessen bemerkenswert gelegen. Liberale Regierungen verlieren ihre verbliebene Autorität, die Bevölkerung fordert entschlossenes Handeln, und rechte Bewegungen bereiten sich darauf vor, die Macht im Staat zu übernehmen. Was wie der Zerfall der bestehenden Ordnung erscheint, könnte zum Mittel werden, mit dem diese Ordnung ihre Macht unter einem anderen politischen Banner erneuert.

Der Ablauf der Ereignisse hat etwas verdächtig Theatralisches an sich. Es gibt zweifellos echte soziale Missstände, und die Wut der einfachen Menschen bedarf keiner geheimen Organisation, um sie zu erklären. Dennoch verdient die Möglichkeit, dass Teile dieser Unruhen bewusst angeheizt, manipuliert oder eskalieren gelassen werden, ernsthafte Beachtung.

Eine politische Operation dieser Art würde weder die Erfindung jedes einzelnen Missstands noch die direkte Organisation jeder einzelnen Demonstration erfordern. Bestehende Spannungen könnten durch gezielte Provokationen, kalkultiertes Versagen der Polizei und die unerbittliche Verstärkung der Gewalt durch die Medien ausgenutzt werden. Obwohl ein koordinierter Plan bislang nicht nachgewiesen wurde, ähneln die politischen Auswirkungen denen einer sorgfältig vorbereiteten

Operation: zuerst Chaos, danach Forderungen nach Autorität und schließlich das Auftauchen einer neuen herrschenden Klasse, die die Rettung der Nation verspricht.

Die tieferen Ursachen dieser Krise liegen im liberalen System selbst. Jahrzehntlang haben europäische Regierungen eine Einwanderungspolitik verfolgt, deren soziale Folgen sie zunehmend nicht mehr angehen wollten, während wirtschaftliche Unsicherheit, der Niedergang öffentlicher Dienstleistungen und die Aushöhlung des nationalen Zusammenhalts das Vertrauen der Bevölkerung schwächten.

Die daraus resultierenden Spannungen haben Bedingungen geschaffen, unter denen radikale Bewegungen, kriminelle Opportunisten und wirklich frustrierte Bürger auf den Straßen zusammenkommen können. Das politische Establishment stellt die Unruhen dann als existenzielle Notlage dar, die außergewöhnliche Maßnahmen erfordert. Auf diese Weise kann dasselbe Regierungssystem, das zur Entstehung der Krise beigetragen hat, die Autorität beanspruchen, sie zu lösen. Die Bevölkerung wird dazu ermutigt, Schutz bei Kräften zu suchen, die möglicherweise kaum die Absicht haben, die zugrunde liegenden Machtstrukturen zu verändern.

Frankreich liefert ein besonders aufschlussreiches Beispiel.

Emmanuel Macron verkörpert eine politische Klasse, deren Autorität auf technokratischer Verwaltung, europäischer Integration und enger Zusammenarbeit mit dem atlantistischen Sicherheitsestablishment beruht. Seine Misserfolge haben Marine Le Pen und die breitere nationalistische Opposition im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2027 gestärkt. Jede neue Konfrontation auf den Straßen erhöht die Anziehungskraft politischer Persönlichkeiten, die Disziplin, Sicherheit und nationale Erneuerung versprechen.

Die entscheidende Frage betrifft jedoch die internationale Ausrichtung der Kräfte, die Macron ablösen könnten. Ein Regierungswechsel hätte kaum Bedeutung, wenn Frankreich weiterhin dieselben strategischen Verpflichtungen, wirtschaftlichen Abhängigkeiten und militärischen Bindungen akzeptieren würde. Das politische Vokabular könnte zwar zunehmend nationalistisch geprägt sein, während die wesentlichen Beziehungen zu Washington intakt blieben.

Jean-Luc Mélenchon und die radikale Linke nehmen in diesem Prozess eine ebenso aufschlussreiche Position ein. Ihre Anhänger mögen Demonstrationen als Kampf gegen Ungleichheit und das Versagen des französischen Staates betrachten, doch das Spektakel von Ausschreitungen und Zerstörung kann Folgen haben, die ihren Zielen völlig zuwiderlaufen. Jedes brennende Gebäude wird zum Material für die politischen Kampagnen ihrer Gegner. Jede Konfrontation verstärkt die Sympathie der Öffentlichkeit für ein härteres Durchgreifen der Polizei und eine strengere Regierung.

Die Linke läuft Gefahr, zum unfreiwilligen Mitwirkenden am Aufstieg der Rechten zu werden, indem sie die Bilder liefert, mit denen eine künftige autoritäre Wende gerechtfertigt werden könnte. Das bedeutet nicht, dass linke Organisatoren heimlich mit ihren Gegnern zusammenarbeiten. Es zeigt jedoch, wie leicht eine Bewegung politischen Interessen dienen kann, die sich völlig von denen unterscheiden, die sie ihrer Meinung nach verteidigt.

Das gefährlichste Szenario wäre der Aufstieg einer von den USA unterstützten, neokonservativen Rechten, die sich als Verteidigerin der europäischen Zivilisation präsentiert. Eine solche Entwicklung würde eine außerordentliche politische Täuschung darstellen. Die europäischen Wähler könn-

ten glauben, sie würden den liberalen Globalismus ablehnen, nur um dann festzustellen, dass die neuen Regierungen weiterhin fest zur NATO, zur Konfrontation mit Russland und zur strategischen Führungsrolle der USA stehen. Italien unter Giorgia Meloni veranschaulicht bereits, wie nationalistische Innenpolitik mit starken atlantistischen außenpolitischen Verpflichtungen koexistieren kann.

Andere europäische rechte Bewegungen vertreten unterschiedliche Positionen, insbesondere in Bezug auf Russland, und lassen sich nicht alle in dieselbe Kategorie einordnen. Dennoch bietet die Möglichkeit, nationalistische Unzufriedenheit in einen verlässlich atlantistischen politischen Block zu kanalisieren, eine attraktive Perspektive für diejenigen, die entschlossen sind, die geopolitische Vorherrschaft des Westens zu bewahren.

Hier ist das Denken von Ernst Niekisch unverzichtbar. Unter den Persönlichkeiten der deutschen konservativen Revolution verstand Niekisch die nationale Frage im Rahmen einer kompromisslosen Kritik an der westlichen liberalen Zivilisation und an der Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Mächten. Seine national-bolschewistische Position strebte eine revolutionäre Umgestaltung des deutschen politischen Lebens durch eine Ostorientierung, insbesondere in Richtung Russland [damals Sowjetunion], an. Für Niekisch war die entscheidende Frage die Fähigkeit einer Nation, ihr eigenes historisches Schicksal zu bestimmen.

In seinem 1932 erschienenen Werk „Hitler: ein deutsches Verhängnis“ warnte er davor, dass der Nationalsozialismus Deutschland ins Unglück stürzen würde. In der Folge leistete er Widerstand gegen Hitlers Regime und musste jahrelange Haft erdulden. Sein Beispiel zeigt, dass radikale nationalistische Rhetorik keine Garantie für echte nationale Unabhängigkeit bietet.

Eine Bewegung kann die Nation verherrlichen und gleichzeitig eine Politik verfolgen, die direkt zu ihrem Untergang führt.

Aus Niekischs Perspektive würde der Aufstieg einer atlantisch orientierten europäischen Rechten daher eine tiefgreifende historische Ironie darstellen. Parteien, die sich auf nationale Identität, Tradition und Souveränität berufen, könnten zu Instrumenten einer geopolitischen Ordnung werden, die den europäischen Nationen eine unabhängige strategische Existenz verwehrt.

Ihr Widerstand gegen Einwanderung und liberale Sozialpolitik würde die emotionale Kraft liefern, die zur Mobilisierung der Bevölkerung erforderlich ist, während ihre Außenpolitik dem von den USA geführten Sicherheitssystem untergeordnet bliebe. Niekisch hatte den Widerspruch zwischen nationalen revolutionären Bestrebungen und der Abhängigkeit von der amerikanischen Macht erkannt. Die entscheidende Frage wäre, in welche Richtung diese neu erwachte nationale Energie gelenkt würde. Sollte ihr Endziel eine weitere kontinentale Konfrontation mit Russland sein, würde die vermeintliche nationale Wiederbelebung in einer altbekannten europäischen Katastrophe gipfeln.

Die Gefahr wird noch größer, wenn man diese politischen Entwicklungen vor dem Hintergrund der sich beschleunigenden militärischen Vorbereitungen in Europa betrachtet. Die Regierungen stocken ihre Verteidigungsausgaben auf, stärken die Rüstungsindustrie und bereiten ihre Gesellschaften auf die Möglichkeit einer langwierigen Konfrontation vor.

Ein nationalistischer politischer Wandel könnte jene Begeisterung in der Bevölkerung wecken, die technokratische Regierungen bisher nur schwer hervorrufen konnten. Forderungen nach strengeren

Grenzkontrollen und größerer nationaler Disziplin könnten nach und nach zu Forderungen nach militärischen Opfern im Namen der europäischen Sicherheit werden.

Der moderne Staat verfügt zudem über außergewöhnliche technologische Mittel zur Überwachung, Koordination und sozialen Kontrolle. Ernst Jüngers Konzept der totalen Mobilmachung, ein weiterer wichtiger Beitrag zur intellektuellen Welt der Konservativen Revolution, gewinnt hier neue Bedeutung. Eine Bevölkerung, die durch inneres Chaos verängstigt ist, könnte zunehmend bereit sein, eine umfassende Mobilmachung gegen einen bestimmten äußeren Feind zu akzeptieren.

Die umfassendere geopolitische Bedeutung zeigt sich im Konflikt zwischen Unipolarität und Multipolarität. Die Vorherrschaft der USA beruhte historisch gesehen darauf, die Entstehung einer unabhängigen eurasischen Konzentration von wirtschaftlicher, technologischer und militärischer Macht zu verhindern.

Ein Europa, das in der Lage wäre, eine dauerhafte strategische Zusammenarbeit mit Russland aufzubauen, würde über immense industrielle Kapazitäten, wissenschaftliche Ressourcen, Energievorräte und Zugang zum gesamten eurasischen Kontinent verfügen. Eine solche Konstellation würde das weltweite Machtgleichgewicht grundlegend verändern. Das atlantistische Establishment hat folglich ein starkes strategisches Interesse daran, die europäische Abhängigkeit aufrecht zu erhalten und eine dauerhafte Annäherung zwischen Berlin, Paris und Moskau zu verhindern.

In dieser Lesart wird der Wandel der europäischen Politik zu einem Instrument zur Erhaltung der Unipolarität durch neue ideologische Methoden. Der liberale Universalismus könnte dem militanten Nationalismus weichen, während die geopolitische Struktur im Wesentlichen unverändert bliebe.

Eine wirklich multipolare europäische Politik würde in die entgegengesetzte Richtung gehen. Sie würde Russland als eine bedeutende europäische und eurasische Macht anerkennen, deren Sicherheitsinteressen nicht einfach aus der kontinentalen Gleichung gestrichen werden können. Sie würde eine größere strategische Autonomie gegenüber Washington anstreben und gleichzeitig unabhängige Beziehungen zu China, Indien und anderen Weltmächten aufbauen.

Niekischs Ostorientierung bietet einen historischen Präzedenzfall für eine Neubewertung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Das wesentliche Prinzip ist die Unabhängigkeit des politischen Schicksals Europas. Ein authentischer europäischer Konservatismus würde den historischen Charakter der europäischen Nationen verteidigen und sich gleichzeitig weigern, sie zu Instrumenten der amerikanischen Militärstrategie zu machen. Souveränität müsste über Einwanderung, Kultur und innerstaatliche Gesetzgebung hinausreichen und sich auf die entscheidenden Bereiche der Diplomatie, der Wirtschaftspolitik und des Krieges erstrecken.

Die zentrale Gefahr liegt daher in der Möglichkeit, dass die Unruhen in Europa eine politische Revolution auslösen, deren Ergebnisse bereits von den bestehenden Machtzentren vorbestimmt sind. Ob die gegenwärtigen Unruhen bewusst koordiniert oder lediglich von konkurrierenden Interessen ausgenutzt werden, bleibt eine offene Frage. Doch die strategische Chance ist klar:

Eine verängstigte Bevölkerung könnte erschöpfte liberale Verwaltungsbeamte gegen nationalistische Führer austauschen, die Ordnung versprechen, während sie gleichzeitig das atlantische System bewahren und den Kontinent auf eine Konfrontation mit Russland vorbereiten. Dies wäre der ultimative Verrat an der europäischen Souveränität.

Die alte US-Herrschaftsordnung würde unter neuen Fahnen weiterbestehen, und die Energien des nationalen Widerstands würden auf die Aufrechterhaltung der amerikanischen Hegemonie umgelenkt. Europa würde sich in dem Moment, in dem es für einen weiteren verheerenden Krieg im Dienste eines Imperiums jenseits des Atlantiks mobilisiert wird, für wiedergeboren halten.